

Ignaz Kiechle:

Wir lassen die Bauern nicht im Stich

Wortlaut der nicht gehaltenen Rede auf dem Deutschen Bauerntag

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle hat nach seiner Ausladung auf dem Deutschen Bauerntag in Aachen den Text seiner nicht gehaltenen Rede der Presse zur Verfügung gestellt. Sie stellt einen Beitrag zur Versachlichung der gegenwärtigen agrarpolitischen Diskussion dar. Wir haben uns deshalb zu einem Abdruck entschlossen, um unseren Parteifreunden und Lesern im ländlichen Raum eine Argumentationshilfe an die Hand zu geben. Hier der Wortlaut:

Der diesjährige Deutsche Bauerntag findet nur zwei Tage nach dem Abschluß der besonders dramatisch verlaufenen Agrarpreisverhandlungen statt.

Eine Entscheidung war erst möglich, nachdem die Staats- und Regierungschefs am Montag und Dienstag die nötigen Leitlinien verabschiedet hatten.

Insgesamt ist das Ergebnis, gemessen an

- der Haushaltslage,
- der Überschusssituation,
- den früheren einseitigen, zu unseren Lasten gehenden Kommissionsvorschlägen und
- der isolierten deutschen Verhandlungsposition beim positiven Währungsausgleich letztendlich ein **Kompromiß**.

Wir konnten und wollten ihm nicht in allen Teilen zustimmen, schon weil wir die Beschlüsse für Getreide und Raps trotz aller Verbesserungen immer noch als tief unbefriedigend ansehen.

Bei den Preisverhandlungen mußten große Interessengegensätze zwischen den EG-Mitgliedstaaten überwunden werden. Der überwiegende Teil wollte weiter

- mehr produzieren und exportieren,
- entweder mit Hilfe von noch mehr Exporthilfen, für deren Kosten dann immer vor allem der Nachbar aufkommen soll, oder

■ durch Inkaufnahme niedrigerer Preise, natürlich möglichst nur für den Nachbarn, oder

■ in der heimlichen Hoffnung, den Verdrängungskampf zu überstehen und dann — nach einer Durststrecke — zu Lasten anderer Marktanteile zu gewinnen.

Demgegenüber standen wir weitgehend allein mit unserem Kampf für eine direkte Mengen- und damit Kostenbegrenzung sowie gegen eine von Brüssel verordnete diskriminierende Preisdruckpolitik, die zur Zeit in den internationalen Institutionen so sehr Mode ist.

Schließlich konnten wir durch Beharrlichkeit, viele Gespräche, aber auch durch massiven Druck einen Interessenausgleich durchsetzen.

Nur wer sich noch einmal den agrarpolitischen Horrorkatalog der Kommissionsvorschläge vor Augen führt, wird letzten Endes zu einer **fairen Beurteilung** des jetzt gefundenen Kompromisses kommen.

Nehmen wir Getreide: Die Kommission hatte vorgeschlagen:

- Senkung des Interventionspreises für Futtergetreide um rd. 2,6 %;
- Beschränkung des Interventionszeitraumes auf die Zeit von Februar bis Mai;
- Verringerung der monatlichen Zuschläge von 9 auf 3 und Zahlung nur noch von März bis Mai;
- Höchstfeuchtigkeit bei der Intervention: 14 %.

Obwohl man mit Kalkulationen sehr vorsichtig sein muß, weil vieles von der aktuellen Marktlage abhängt, hätten sich — wenn der Kommissionsvorschlag Wirklichkeit geworden wäre — rein rechnerisch Preissenkungen um insgesamt rd. 12 % bei Getreide ergeben.

Die tatsächlichen Entscheidungen sehen doch etwas anders aus. Ich nehme dieselbe Reihenfolge:

- Interventionspreis Futterweizen unverändert — nicht minus 2,6 %;
- Interventionszeitraum Oktober bis Mai — nicht erst ab Februar;
- monatliche Zuschläge von November bis Mai — nicht erst ab Februar;
- sieben Zuschläge gegenüber den vorgeschlagenen drei;
- Höchstfeuchtigkeitsgehalt 15,5 % — nicht 14 %;
- und — ich sage das nicht ohne Bitterkeit —
- Ankaufspreis bei der Intervention: 94 %.

Als Endergebnis haben wir die Preissenkungsabsichten etwa um ein Drittel reduzieren können. Das ist nach wie vor unbefriedigend. Ich weiß das sehr wohl! Daher habe ich auch gegen diesen Teil des Pakets gestimmt. Im Rat gab es hierfür jedoch eine starke Mehrheit. Ohne daß ich in aller Deutlichkeit unseren Partnern zu verstehen gegeben habe, daß alle — ich betone — alle politischen Mittel von mir eingesetzt würden, um die Vorschläge der Kommission zu verringern, wären auch die geschilderten Verbesserungen nicht erreichbar gewesen.

Mit einem tatsächlichen Veto hätte ich zwar einen Beschluß verhindern können, die Kommission hätte dann aber — von ihrem sogenannten „Notstandsrecht“ Gebrauch gemacht und — die von ihr ins Auge gefaßten noch schärfer greifenden Maßnahmen durchgesetzt.

Hier gab es nur die Wahl zwischen zwei Übeln!

Die Situation bei Raps war noch drastischer. Hier hatte die Kommission Vorschläge vorgelegt, die nach unseren Schätzungen zu Preissenkungen von etwa bis zu 30 % geführt hätten.

Wir haben dagegen in den Verhandlungen erreicht,

- daß die Intervention bei Raps entsprechend der im Getreidebereich verbessert und
- daß die Preisrücknahme aufgrund des Überschreitens der Garantieschwelle auf höchstens 10 % begrenzt wurde. Dabei muß man auch sehen, daß bereits für das vergangene Jahr eine Preisrücknahme um 5 % programmiert war.

Der nunmehr gefundene Kompromiß führte zwar auch noch zu Garantiepreisrückgängen, reduziert sie jedoch auf ein gutes Drittel des Kommissionsvorschlages.

Ich weiß, daß auch das nicht befriedigend ist, und ich habe daher in diesem Punkt ebenfalls dagegen gestimmt. Auch hier hätte ein Veto der Kommission freie Hand gegeben, ihre ursprünglichen Vorstellungen zu verwirklichen.

Kommen wir aber zum entscheidenden Punkt, zum **Währungsausgleich**:

Ich will noch einmal wiederholen, was die Kommission hier vorgeschlagen hatte:

1. Sofortigen entschädigungslosen Abbau des bestehenden positiven Währungsausgleichs,
2. Änderung des Währungsausgleichssystems: Währungsausgleichsbeträge, die aus einer DM-Aufwertung herrühren, sollten automatisch in zwei Etappen durch Preissenkung in DM abgebaut werden;
3. Erhöhung der Freimarge bis auf maximal 10 %;
4. Einführung von Währungsausgleichsbeträgen bei Hülsenfrüchten mit einer Freimarge von 10 %;
5. Absichtserklärung der EG-Kommission, das Währungsausgleichssystem ab 1992 ganz abzuschaffen.

Dies hätte im Klartext bedeutet;

- Je stärker die DM, desto schlechter die Preisentwicklung für unsere Landwirte aus Währungsgründen und
- je schwächer die nationale Währung in anderen EG-Ländern, desto besser die dortigen landwirtschaftlichen Preise.

Dies hätte die exklusive Benachteiligung und Diskriminierung der Aufwertungsländer auf Dauer festgeschrieben.

Der Bundeskanzler selbst hat deshalb sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale geworfen, um eine erträgliche Lösung zu erreichen.

Vergessen Sie bitte nicht, daß diese Regelung von den Staats- und Regierungschefs vereinbart werden mußte, da ich im Agrarrat überstimmt worden wäre.

Im Wege eines Kompromisses haben wir uns schließlich damit einverstanden erklärt, daß der bestehende deutsche Währungsausgleich in zwei Etappen abgebaut wird:

1. durch die preis- und einkommensneutrale Umwandlung von 1 %-Punkt positiven in

1%-Punkt negativen Währungsausgleich in diesem Jahr, das heißt, unsere Agrarpreise in DM ändern sich dadurch nicht;

2. durch eine Erweiterung der Freimarge um 0,5%-Punkte und

3. durch den Abbau um einen weiteren Prozentpunkt zu Beginn des Wirtschaftsjahres 1988/89.

Die entsprechende Senkung der DM-Preise wird durch eine nationale Beihilfe ausgeglichen.

Der Umfang dieser Beihilfe entspricht dem Volumen von 2%-Punkten Mehrwertsteuerausgleich, die Ende 1988 hätten abgebaut werden müssen.

Es ist uns damit gelungen, die in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Verlängerung des Ausgleichs von 5%-Punkten durch den Europäischen Rat bestätigen zu lassen.

Soweit zum positiven deutschen Rest-Grenzausgleich.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich auch auf ein neues Währungsausgleichssystem geeinigt. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern: Ich unterstelle eine 2%ige Aufwertung. Folgende Abbauschritte sind dann vorgesehen:

1. In dem Wirtschaftsjahr, das der Aufwertung folgt, werden 0,5 % abgebaut (= 25 %). Hierfür wird eine Kompensation gewährt.

2. Die restlichen 1,5 % werden in zwei gleichen Jahresraten (jeweils 37,5 %) in den folgenden beiden Wirtschaftsjahren unter Beachtung der Regel des sogenannten Gentlemen's Agreement abgebaut. Das heißt, daß der Abbau des Währungsausgleichs nicht zu Preissenkungen in nationaler Währung führen darf. Sofern dies der Fall wäre, findet er nicht statt!

Die Verankerung dieses Grundsatzes durch den Europäischen Rat ist ein großer Erfolg!

Die Beschlüsse der diesjährigen Preisrunde sind ein typischer Kompromiß.

Wir haben einerseits alle politischen Mittel einsetzen müssen, diesen Kompromiß zu erreichen. Eines haben wir nicht getan: Die Gemeinschaft zum Scheitern zu bringen.

Europa ist zu wichtig, als daß wir es aus noch so wichtigen wirtschaftlichen Interessen in eine ausweglose Krise hineinreiten dürfen. Wir müssen, im Gegenteil, alles tun, um Europa funktionsfähig zu halten.

Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, wie wichtig die EG für das ganze deutsche Volk ist — nicht nur für die Bauern:

■ 50 % der deutschen Exporte gehen in die EG-Mitgliedstaaten;

■ 51 Mrd. DM unseres Handelsbilanzüberschusses von 110 Mrd. DM im letzten Jahr erwirtschafteten wir mit unseren EG-Partner-Ländern; — 4 Mio. Arbeitsplätze — jeder sechste — hängen davon ab.

Ohne den freien Wirtschaftsraum der EG würden dringend notwendige Steuereinnahmen fehlen, um zum Beispiel

■ die EG-Marktordnungen zu finanzieren oder

■ unsere landwirtschaftliche Sozialpolitik bezahlbar zu machen.

■ Ohne Arbeitsplätze gibt es auch keine kaufkräftige Nachfrage nach Lebensmitteln.

Wir wollen uns auch vor unseren Finanzverpflichtungen in der EG nicht drücken. Wenn wir trotzdem das Portemonnaie nicht verschwenderisch öffnen, dann hat das im wesentlichen zwei Gründe:

Erstens: Unsere Haushaltsmittel sind knapp und müssen effizient eingesetzt werden.

Zweitens: Wir verknüpfen ganz bewußt die Agrarpolitik mit der EG-Finanzierung, um unseren berechtigten agrarpolitischen Absichten Nachdruck zu verleihen. Und ohne diesen überdeutlichen Wink mit dem Zaunpfahl der Finanzierung hätten wir auch den Europäischen Rat nicht dazu gebracht, unsere Position beim Grenzausgleich zu verbessern.

Andere Mitgliedstaaten, die ebenfalls wohlhabend sind und längst in der Lage wären, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, müssen stärker in die finanzielle Verantwortung genommen werden. Deswegen haben wir Finanzierungs- und Agrarprobleme miteinander verknüpft — auf keinen Fall aber, um bei den Bauern zu sparen!

Mit den vom Agrarrat beschlossenen Preisen können wir nicht zufrieden sein. Wir können allerdings mit Fug und Recht behaupten, durch monatelange härteste Verhandlungen das Schlimmste abgewehrt und den Agrarrat erst einmal dahin gebracht zu haben, daß es überhaupt Kompromisse geben konnte.

Wir müssen jetzt die Brüsseler Herausforderung aufnehmen und ihr mit besonderen Anstrengungen begegnen.

Die deutschen Bauern können dabei auf zwei unschätzbare Vorzüge bauen:

1. Sie sind hervorragend ausgebildet und
2. Sie haben den großen Vorteil, daß sie mitten in dem größten und kaufkräftigsten Verbrauchermarkt Europas produzieren. Sie können wie kaum jemand anders Nutzen aus der unmittelbaren Marktnähe ziehen.

Wir haben allerdings ein großes Problem: Viele unserer Bauern produzieren im Vergleich zu ihren Berufskollegen in anderen Mitgliedstaaten teurer. Das liegt zum Teil an den ungünstigeren klimatischen Bedingungen in unserem Land; zum anderen auch an oftmals schwierigeren natürlichen Standortbedingungen — unser Land ist nun einmal nicht völlig eben und ist gekennzeichnet von extrem schlechten Böden bis hin zu solchen mit höchster Fruchtbarkeit. Schließlich fehlen vielen Regionen die Hafennähe und damit billigste Importfuttermittel.

Es liegt aber auch an den hohen Fest- und Lohnkosten in der Bundesrepublik Deutschland wegen der im Vergleich zu anderen exportorientierten EG-Mitgliedstaaten ungünstigeren Betriebsgrößenstrukturen.

Wir müssen deshalb alles vermeiden, was den Strukturwandel künstlich hemmt.

Strukturwandel in dem von mir verstandenen positiven Sinne bedeutet die freiwillige Betriebsaufgabe oder Betriebseinschränkung

■ wegen einer attraktiven Alternative außerhalb der Landwirtschaft bzw. im Zu- oder Nebenerwerb

■ durch Extensivierung und/oder

■ Flächen- bzw. Betriebsstillegung bei sozialer Absicherung.

Der freiwillige Strukturwandel als Element

■ der Kostensenkung,

- der Arbeitsentlastung,
- der Einkommenssteigerung und
- der Festigung unserer Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Berufskollegen in anderen Mitgliedstaaten ist zu begrüßen, weil es auf Dauer keine Agrarpolitik gibt, die Leistungsschwäche in Wohlstand umzusetzen vermag!

Natürlich gibt es Grenzen für das Betriebswachstum.

Schließlich sind und bleiben **bäuerliche Familienbetriebe**, nicht Agrarkonzerne, **unser Leitbild**.

Wir werden deshalb auch künftig der sogenannten Massentierhaltung entgegenwirken — und wäre sie noch so ökonomisch.

Es hätte allerdings keinen Sinn, wenn wir

- zwar ökologisch wertvoll, aber
- zu höheren Kosten produzieren und
- der Verbraucher billigere ausländische Nahrungsmittel kaufen würde.

Wir müssen deshalb auch verstärkt unseren Verbrauchern und Mitbürgern sagen

- in welchen EG-Ländern zum Beispiel Reinheitsgebote bei der Lebensmittelproduktion eingehalten werden,
- in welchen Ländern auf Wachstumshormone verzichtet wird und
- in welchen nicht.

Strukturelle Anpassungen dürfen nicht beim Einzelbetrieb haltmachen. Alle Bereiche der Landwirtschaft sind gefordert:

■ Wir brauchen zum Beispiel zur Kostensenkung eine hohe Effizienz in der Züchtung.

- Wir müssen Fortschritte machen
- bei der Verbilligung der Betriebsmittel und Produktionskosten ebenso wie
- bei Absatz und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte.

Wir wissen, daß wir hier gegenüber einigen exportorientierten Wettbewerbern zurückliegen. Ich möchte Sie alle bitten — Bauern, Vertreter des Berufsstandes, der Vermarktungsorganisationen und des Landhandels: Nehmen wir die internationale Herausforderung an! Wir haben wenig Zeit. Wer auf Anpassungen verzichtet, wird vom Markt verdrängt. Einige Mitgliedstaaten hegen ohnehin die stille Hoffnung, daß dies das Schicksal möglichst vieler deutscher Bauern sein werde. Es liegt an uns, solche „Hoffnungen“ zu enttäuschen.

Wir — und hier schließe ich uns alle ein — sollten uns durchaus auch an anderen Ländern ein Beispiel nehmen, die uns vorexerzieren,

- was modernes Agrarmarketing bedeutet, und
- die konsequent ihre Chancen auf unserem Markt nutzen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Wort an die deutsche Wirtschaft richten. Von dort erhalten wir ja mehr als genug und nicht immer erbetene Ratschläge

- zur strukturellen Anpassung und
- zum Abbau der Überschußproduktion.

Ich appelliere im Gegenzug an die Wirtschaft: Beschränken Sie sich nicht auf Kritik!

Schaffen Sie die Voraussetzungen für Ihre Forderungen: Berücksichtigen Sie bei Ihren standortpolitischen Entscheidungen die ländlichen Regionen und schaffen Sie dort Arbeitsplätze für diejenigen,

- die keinen Hof erben oder
- die einen Nebenerwerb aufnehmen wollen oder
- die gänzlich aus der landwirtschaftlichen Produktion ausscheiden möchten.

Ich möchte noch einen ganz anderen Gedanken hinzufügen:

Unsere Industrie, unsere Arbeiter, unsere Verbraucher, ja unsere ganze Volkswirtschaft, ziehen aus unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft großen Nutzen. Die Vorteile eines großen Marktes, eines kaufkräftigen Marktes, auf dem unsere Industrie, ohne auf Handelsschranken zu stoßen, ihre Erzeugnisse absetzen kann, liegen klar auf der Hand.

Unsere Industrie hat ihre Chance zu nutzen gewußt — die Außenhandelszahlen beweisen das.

Wir müssen darüber froh sein, denn nur eine leistungsfähige Wirtschaft

- garantiert unseren Wohlstand,
- erwirtschaftet die finanziellen Mittel, die wir benötigen — auch für die Landwirtschaft.

Hier ist aber auch der Ort, daran zu erinnern, daß der Gemeinsame Agrarmarkt die Geschäftsgrundlage insbesondere für Frankreich war, der Schaffung eines freien Marktes im gewerblichen Bereich zuzustimmen. Das hat sich bis heute nicht geändert. Es gibt in Frankreich über alle Parteigrenzen hinweg einen Grundkonsens darüber, daß die europäische Integration untrennbar mit der Gemeinsamen Agrarpolitik verbunden ist. Nüchtern stellt vor kurzem ein Bericht für die französische Senatskommission fest, daß

- ein Scheitern der Gemeinsamen Agrarpolitik
- ein Scheitern der EG nach sich ziehen würde.

Unsere Industrie sollte sich deshalb bei aller Kritik an der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht der Illusion hingeben, daß sie bei einem Zusammenbruch der Gemeinsamen Agrarpolitik weiterhin ungehinderten Zugang zu den Märkten unserer Partner hat. Wenn aber dieses vereinte Europa für unsere Bürger von so großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist, müssen sie auch bereit sein, der deutschen Landwirtschaft die Nachteile auszugleichen, die ihr aus dieser Integration erwachsen.

Ich meine die ganz konkret schwerwiegenden Nachteile wegen des Fehlens einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik.

Hilfe ist in diesem Fall auch ein Zeichen von Solidarität und politischer Klugheit.

Die Bundesregierung hat diese Solidarität immer wieder mit Taten untermauert. Die hohen Steigerungsraten im Bundeshaushalt beweisen es. So wuchs in der letzten Legislaturperiode

- der Agrarhaushalt mit + 33 % schneller
- als der allgemeine Bundeshaushalt (+ 6 %).

Wir haben aus Überzeugung diese wirtschaftliche Stärkung der Landwirtschaft als nationale Aufgabe angesehen. Dies wird auch im Haushaltsjahr 1988 wieder zum Ausdruck kommen — so, wie es im laufenden Haushaltsjahr der Fall ist: zum Beispiel

■ 50 Mio. DM mehr für die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in der mittelfristigen Finanzplanung oder

■ ca. 100 Mio. DM mehr für die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur.

Es bleibt ein Bereich, wo wir unsere Bemühungen noch verstärken sollten, national und EG-weit: Den finanziellen Ausgleich für die landschaftspflegerischen, ökologischen Leistungen der Bauern. Gerade in der Bundesrepublik Deutschland als einem hochindustrialisierten und dicht bevölkerten Staat sind die ökologischen Ansprüche der Bevölkerung besonders hoch. Wir haben deshalb auch Pilotfunktionen übernommen,

■ zum Beispiel mit dem Wasserhaushaltsgesetz,

■ zum Beispiel mit dem Grünbracheprogramm Niedersachsen.

Wir müssen auf diesem Weg weitergehen. Mit „wir“ meine ich allerdings nicht nur die deutsche Landwirtschaft — überall in der EG sollten obligatorisch Programme

■ zur Extensivierung,

■ zur Betriebs- und Flächenstillegung angeboten werden.

Ich plädiere hierfür nicht nur wegen der positiven ökologischen Effekte, sondern auch wegen der Marktentlastung.

Ich möchte meine agrarpolitischen Ziele als „Aktionsprogramm für den bäuerlichen Familienbetrieb“ — viele sagen auch „Jahrhundertvertrag“ — formulieren:

1. Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sichern und verbessern,

2. Märkte entlasten,

3. Leistungen außerhalb der Nahrungsmittelproduktion entlohnen sowie

4. wirtschaftliche und sozial vertretbare Alternativen zur Beschäftigung in der Landwirtschaft aufzeigen.

Ein solches Programm kann nur wirksam werden, wenn

1. Brüssel hierbei mitmacht und

2. die Bauern das Programm und die notwendigen Entscheidungen mittragen und mitverantworten.

Bemühen wir uns gemeinsam um zukunftsorientierte Lösungen. Helfen Sie mit

■ im Interesse des deutschen Volkes, insbesondere aber

■ in ihrem eigenen Interesse,

■ im Interesse der Landjugend,

■ im Interesse der Bäuerinnen und Bauern.